Löhnen die Produktion zu verbilligen. Ließen sich die Arbeiter auf die Dauer ruhig mit den Hungerlöhnen abspeisen, die ihnen die Unternehmer freiwillig geben, so würde sich unsre Industrie technisch und organisatorisch nur sehr langsam entwickeln.

Die Rationalisierung unsrer Gütererzeugung, die durch die jetzt neu entstehenden Wirtschaftsgebilde erreicht werden soll, ist aber nur eine Vorbedingung für eine Besserung der Lage unsrer Arbeiterschaft. Selbstverständlich denken die Industriemagnaten selbst nur an die Erhöhung ihres eigenen Profits und zunächst führt zweifellos die Zusammenschlußbewegung in der Industrie zu einer Vermehrung kapitalistischer Macht. Wie wenig heute schon der Staat gegenüber den Industriegewaltigen vermag, sehen wir ja bei der viel besungenen Preisabbauaktion der Regierung, die so wenig Erfolg hat. Unsre Unternehmer fühlen sich so mächtig, daß sie glauben, es nicht nötig zu haben, sich um die Wünsche der Regierung allzusehr zu kümmern, und so werden die deutschen Kapitalisten auch versuchen, den durch den Zusammenschluß ihrer Betriebe erlangten Machtzuwachs auszunutzen zur Ausbeutung der Verbraucher und zur Niederhaltung der Arbeiter. So große Gebilde, wie sie jetzt geschaffen werden, haben natürlich auch gegenüber den Gewerkschaften eine große Widerstandsfähigkeit. Wollen die Arbeiter ihren Anteil an den wirtschaftlichen Vorteilen haben, die die neue Entwicklung in unsrer Industrie bringen soll, so werden sie sich ihn erkämpfen müssen. Deswegen muß die neue industrielle Zusammenschlußbewegung für die deutschen Arbeiter eine Mahnung sein. Die deutschen Proletarier müssen ihre politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen so stärken, daß sie imstande sind, den kapitalgewaltigen Herren der Industrie das abzutrotzen, was diese freiwillig der Arbeiterschaft niemals geben werden.

Die Vorgänge in unsrer Industrie sind aber auch eine Bestätigung der Lehren von Karl Marx, der schon vor Jahrzehnten zeigte, daß die kapitalistische Entwicklung immer mehr zu einer Zusammenfassung der Produktionsmittel in wenigen Händen führen müsse. Wenn ganze Industriezweige fast völlig von einer einzigen Aktiengesellschaft beherrscht werden, warum soll nicht an die Stelle der Aktionäre die Allgemeinheit treten? Diese Einsicht muß sich doch einem immer größeren Teil aller derer aufdrängen, die nicht, weil sie selbst Kapitalisten sind, ein Interesse an der Erhaltung der bestehenden Ordnung der Dinge haben. So leisten unsre Industriemagnaten, die zur Erhöhung ihres Profits ihre Werke zusammenschließen, ungewollt Vorarbeit für den Sozialismus.

## Die Kriegsschuldfrage als Sprengpulver?

**Locarno**, 7. Oktober. (Drahtb. unseres Sonderkorresp.)

Aus den englischen und französischen Konferenzkreisen verfolgt man, wie der Sonderkorrespondent des Soz. Pressedienstes aus zuverlässiger Quelle erfährt, die gegenwärtigen innerpolitischen Vorgänge in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit. Chamberlain und Briand sowie der belgische Außenminister Vandervelde lassen sich regelmäßig genauen Bericht über die Vorgänge in der Deutschnationalen Partei erstatten. Es ist schon fühlbar, daß die Hetze der deutschen Rechtspresse gegen die Außenpolitik Stresemanns und das Drängen der Deutschnationalen auf eine nochmalige Erörterung der Kriegsschuldfrage in Locarno gewisse Wirkungen ausgelöst hat, die die Stellung der deutschen Delegation gerade nicht erleichtern.

Nach allem, was wir zuverlässig erfahren, besteht zwischen den Außenministern der Alliierten nicht die geringste Meinungsverschiedenheit über die gefährlichen Folgen, die eine Erörterung der Kriegsschuldfrage in Locarno haben würde. Jeder derartige Versuch dürfte als ein Sabotageakt bewertet werden und man scheint auf alliierter Seite nicht im geringsten geneigt zu sein, in diesem Punkt auf die sogenannten „inneren Schwierigkeiten" des Kabinetts Luther Rücksicht zu nehmen.

## Der mecklenburgische Reichsbannerprozeß

### Die Auslieferung der deutschen Justiz an politische Staatsanwälte

Im Reichsbannerprozeß von Grevesmühlen sind die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger gehalten worden. Die Rede des Assessors Wagner, der die Rolle des Staatsanwalts spielt, kann als unübertreffliches Dokument der

**politischen Entartung der Rechtspflege**

bezeichnet werden. Er verlangte zunächst die Vereidigung der völkischen Zeugen. Er habe gar keine Bedenken gegen eine Vereidigung; denn die Völkischen hätten nur in Notwehr gehandelt und unter keinen Umständen einen Landfriedensbruch begangen. In den völkischen Verbänden würde die Kameradschaft gepflegt und es sei durchaus verständlich, wenn sie versuchten, ihrem Kameraden beizustehen. Das sei bestimmt kein Landfriedensbruch.

In einer dreistündigen Rede befaßte er sich dann damit, die „ruhigen, armen Leute" der nationalen Verbände reinzuwaschen und das psychologische Experiment der Umkehrung der Rollen fortzuführen. Die Roßbach-Horde mit ihren Seitengewehren, Dolchen und Revolvern ist seiner Auffassung nach von den Reichsbannerleuten brutal mißhandelt und niedergeschlagen worden. **Er bedauert im übrigen offensichtlich, daß es unmöglich war, bei den Reichsbannerleuten irgendwelche Waffen zu finden. Aber wenn man auch keine Waffen bei ihnen gefunden habe, so bedeute das nicht, daß sie keine besaßen!** Und wenn der eine Reichsbannermann einen Dolchstoß in den Rücken bekam, so sei nicht unwahrscheinlich,

**daß ein andrer Reichsbannermann ihn gestochen hätte.**

Von einem Staatsanwalt, der solche Thesen aufstellt und alle entgegenstehenden Zeugnisse verwirft und alle die Völkischen belastenden Zeugen sofort wegen Teilnahme festnehmen ließ, der selbst die Aussagen der staatlichen Polizeiorgane unter den Tisch warf, ist wohl kaum etwas andres zu erwarten als der Strafantrag, den er tatsächlich stellte. Er beantragte nämlich gegen die angeklagten Rädelsführer, den Arbeiter Kühn 1½ Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, gegen Frau Schmedemann und Hermann Arndt je ein Jahr Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten Gefängnis von vier bis zu acht Monaten. Für eine Bestrafung reif . . .!

Die Verteidiger Dr. Braun und Dr. Barensprung, Magdeburg, befaßten sich sehr eingehend mit diesem geradezu grotesken Fall deutscher Justiz. Ein Fall, in dem ein **deutscher Staatsanwalt mit derartig jämmerlichem Belastungsmaterial auf Zuchthaus und Gefängnisstrafen plädiere,** sei in der deutschen Rechtsgeschichte überhaupt noch nicht vorgekommen. Es gehe nicht an, den Roßbachern allen Temperament und Ehrgefühl abzusprechen und sie dem Staatsbürger abzuerkennen, der als Reichsbannermann die Farben der Republik trage.

**Die Verteidigung sei nahezu illusorisch gemacht worden**

dadurch, daß der Staatsanwalt jeden Augenzeugen, der von der Verteidigung benannt worden sei, sofort unter Anklage gestellt habe. Ein Staatsanwalt, welcher die Aussagen der Polizeibeamten als unverdächtig beiseiteschiebe und völkischen Romane Glauben schenke, sei allerdings eine etwas merkwürdige Figur in einem modernen Rechtsstaat. Das Gebäude der Anklage sei unter den Zeugenaussagen völlig zusammengebrochen. Daraufhin beantragte die Verteidigung Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

## Von Erzberger bis Hergt

Immer heftiger werden die Auseinandersetzungen unter den Deutschnationalen und zwischen ihnen und den Völkischen. Der bedauernswerte Hergt (Hier stehe ich, ich kann nicht anders!) sprach in Elberfeld in einer Versammlung, zu der die Völkischen stark erschienen waren. Er wurde dauernd unterbrochen. Besonders stürmisch ging es in der Versammlung zu, als der Abg. Henning an Hergt die Aufforderung richtete, **doch einmal einen Punkt der Politik zu nennen, wo er nicht umgefallen sei.** Eine solche Frage konnte Hergt natürlich nicht beantworten, denn es gibt einfach keinen Punkt, wo er nicht umgefallen ist. Henning warf Hergt vor, daß die Deutschnationalen dieselbe Erfüllungspolitik wie Erzberger und Rathenau trieben und daß sie mit ihrer Politik den Reichspräsidenten verrieten. **Hergt mußte schließlich das Rednerpult verlassen.** Selbst die Ankündigung, daß die Deutschnationalen eventuell wieder zur „nationalen" Opposition zurückkehren würden, wenn die Sicherheitspaktverhandlungen in Locarno ohne Berücksichtigung ihrer unveräußerlichen Vorbehalte erledigt würden, konnte Hergt nicht vor der Erregung der Versammlung schützen. So fallen die Demagogen selber in die Grube, die sie andern glaubten graben zu können.

Unser Münchner Parteiblatt teilt auch Interessantes über die Haltung der Münchner Deutschnationalen zum Sicherheitspakt mit. Nach außen hätten sie sich mit Resolutionen begnügt, die in ihrer Farblosigkeit der deutschnationalen Tradition Ehre machten. Intern aber wurde die Berliner Parteileitung von München aus flehentlich beschworen, daß mit Rücksicht auf die Stimmung in den vaterländischen Kreisen im Süden jeder freiwillige Verzicht und jede Uebernahme irgendwelcher Bindung unterbleiben müsse, weil sonst das Ende der Partei sicher eintreten werde. Die Parteileitung wurde aufgefordert, wenn sie die Außenpolitik Stresemanns nicht mehr durchkreuzen könne, in die Opposition einzutreten, in welchem Falle die Partei einen neuen gewaltigen Aufschwung nehmen und bei den kommenden Preußenwahlen endlich selbst die Macht an sich reißen und damit auch im Reich wieder ans Ruder kommen werde.

## Für eine Abrüstungskonferenz

U. **Washington**, 7. Oktober. (Eig. Drahtm.) Am Dienstag legte die deutsche Delegation auf der Tagung der Interparlamentarischen Union am Grabe Washingtons in Mountvernon einen Kranz nieder, der die Widmung trug: „Dem Gründer des amerikanischen Freistaates."

Im Laufe der Dienstagsitzung fand eine Entschließung zugunsten der **Einberufung einer Weltkonferenz für allgemeine Abrüstung zu Land und zur See einstimmige Annahme.** Ein englischer und ein japanischer Redner befürworteten die Einberufung durch Amerika. Die Entschließung über die Schaffung entmilitarisierter Zonen wurde ebenfalls angenommen. Dagegen stimmte nur der volksparteiliche Abgeordnete Rheinbaben. Die Abgeordneten Sollmann und Gildemeister sprachen sich gegen eine permanente Kontrollinstanz in solchen Zonen aus. Sollmann regte eine Einladung an Frankreich und Belgien an, um eine Konferenz zur Erörterung dieser Zonenfrage einzuberufen. Der französische Abgeordnete Escoffier erklärte, daß Frankreich bereit sei, in dieser Frage mit Personen zusammenzuwirken, die ehrliche Absichten haben.

Am Abend fand unter Vorsitz des Staatssekretärs Kellogg ein großes politisches Bankett statt, auf dem die Vertreter der verschiedenen Nationen, die der Interparlamentarischen Union angehören, bedeutsame Reden hielten. Für Deutschland sprach Dr. Wirth, der dem Wunsche nach einem wahren deutsch-französischen Frieden Ausdruck gab und für Deutschland Freiheit, für Frankreich Sicherheit verlangte. Seine Worte fanden außergewöhnlich starken Beifall. Im Anschluß daran spielte ein Orchester das Deutschlandlied. Zum ersten Male nach dem Kriege erklang damit bei einer offiziellen Veranstaltung die deutsche Nationalhymne in den Vereinigten Staaten.

**Washington**, 7. Oktober. Die Konferenz der Interparlamentarischen Union nahm in ihrer Schlußsitzung eine Resolution an, die eine **Untersuchung der wirtschaftlichen Schranken zwischen den Ländern Europas verlangt.** Diese Untersuchung soll von dem Gesichtspunkte einer schließlichen Abschaffung dieser Schranken ausgehen. Der Antrag, der von dem Delegierten Procope, in Vertretung des deutschen Antragstellers Braun (Soz.) eingebracht worden war, wurde nach zweistündiger lebhafter Debatte angenommen.

### Zur Schaffung entmilitarisierter Zonen

**Neuyork**, 7. Oktober. Nach einer Meldung der Associated Preß aus Washington werden deutsche und französische Mitglieder der Interparlamentarischen Union am Freitag in Neuyork zusammentreten, um die Förderung der Pläne zur Schaffung einer entmilitarisierten französisch-deutschen Zone zu beraten. Diese Konferenz wäre dazu bestimmt, eine Zusammenkunft der Abrüstungskommission der Interparlamentarischen Union in Europa zu vereinbaren.

## Begnadigung der Fememörder

**Schwerin**, 6. Oktober. Die im Schweriner Femeprozeß wegen Ermordung des jungen Holz zum Tode verurteilten Lisska, Notzon und Kalla haben beim mecklenburgischen Staatsministerium ein Gnadengesuch eingereicht. Wie ich höre, hat — nach den Erklärungen der Verteidigung — der Justizminister Dr. Stammer sich dahin geäußert, daß er **schon von sich aus an eine Begnadigung der genannten Frontkämpferleute nach drei bis fünf Jahren denke.** Die Verurteilten sind, wie erinnerlich, seinerzeit vom Schweriner Gefängnis nach dem Zuchthaus Dreibergen bei Bützow transportiert worden, da man mit einer Befreiungsaktion rechnete. Ueber das Schicksal des ebenfalls zum Tode verurteilten Oberleutnants Schäfer ist bisher nichts bekannt. Es verlautet aber, daß auch ihm die Gnadensonne des mecklenburgischen Justizministers leuchten soll.

*

Diese Meldung seines Mitarbeiters begleitet das Berliner Tageblatt mit folgenden Bemerkungen: Diese Nachricht über die Absichten der mecklenburgischen Justizverwaltung muß besonderes Aufsehen erregen in einem Zeitpunkt, in welchem endlich der Berliner Kriminalpolizei die Aufdeckung eines anderen bestialischen Fememordes gelungen ist und die Aufklärung weiterer Verbrechen zu erwarten steht. Während in Grevesmühlen der mecklenburgische Staatsanwalt außerordentlich scharfe Worte gegen die Angehörigen des Reichsbanners findet, die sich einer mit Dolchen und Pistolen ausgerüsteten Horde Völkischer erwehrt haben, denkt der mecklenburgische Justizminister bereits an die Begnadigung der von einem mecklenburgischen Gericht zum Tode verurteilten Fememörder? Es ist dringend notwendig, daß die Oeffentlichkeit über diese Absichten etwas Näheres erfährt.

**Kommunistischer Stadtverordneter und Kassendieb.** In einer Stettiner Gastwirtschaft konnte der Gastwirt seit längerer Zeit beobachten, daß täglich unberufene Hände einen Teil der Ladenkasse ausraubten, und zwar fehlten täglich aus einem an der Kasse stehenden Tresor, in den das Geld gelegt worden war, mehrere Mark. Der Wirt legte sich auf die Lauer und es gelang ihm auch, einen Stammgast, der täglich seinen Platz in der Nähe des Schanktisches hatte, auf frischer Tat zu ertappen. Der Dieb war der Stettiner kommunistische Stadtverordnete Fritz Penk.

# Ein Blick hinter die Kulissen

### Der Wirtschaftliche Nachrichtendienst der sächsischen Industriellen

Durch die Unterschlagungsaffäre beim Sächsischen Volksopfer ist die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf ein Unternehmen gelenkt worden, das unter dem unschuldigen Namen „Wirtschaftlicher Nachrichtendienst" eine Unterabteilung des Verbandes Sächsischer Industrieller darstellt. Ueber den Zweck dieses mysteriösen Unternehmens teilt die Sächsische Republikanische Korrespondenz folgende interessante Einzelheiten mit:

Der Verband Sächsischer Industriellen, der ein Verein nach § 22 BGB. ist, hat vor etwa zwei Jahren, nach einer längeren Unterbrechung dann wiederum vor einem Jahre unter dem Namen „Wirtschaftlicher Nachrichtendienst" eine Organisation geschaffen zur Zentralisation der Regelung und Prüfung von Unterstützungen und Unterstützungsgesuchen, die an Handel und Industrie im Freistaat Sachsen ergehen zur Unterstützung für allgemeine wohltätige Zwecke, Wohltätigkeitsvereine, nationale Verbände, zur Versorgung der Presse mit wirtschaftlich aufklärenden Arbeiten, insbesondere zwecks zentraler Regelung der unter marxistischem und kommunistischem Einfluß (?) stehenden wirtschaftlichen Nachrichten (gemeint sind die Wirtschaftsberichte der früheren sächsischen Regierungskommissare an die Regierung. D. Red.) zur Gegenarbeit gegen marxistischen und kommunistischen Terror, gegen Sabotage und politische Streiks.

Geschäftsführer dieses famosen „Nachrichtendienstes" waren der saubere Dr. Meißner, der Hauptmann a. D. Eberhard Siemens, Major a. D. Fritz Herrmann, Major a. D. Martin Schäffer und Direktor Richard Albert. Also Leute, die von „Wirtschaft" außerordentlich viel verstehen.

Selbstverständlich hatte die Organisation mit „Wirtschaft" auch nicht das geringste zu tun, viel weniger aber mit eigentlichen Geschäften usw. Der Hauptzweck des Nachrichtendienstes war und ist die zentrale Förderung der reaktionären Organisationen, die nur in politischer Hinsicht tätig sind.

Die Satzung nennt ausdrücklich als Zweck des Vereins:

„Zusammenfassung aller Verbände und Einzelpersonen, die sich sozial- oder wirtschaftspolitisch im nationalen Sinne betätigen. Vereinheitlichung der Arbeit dieser Verbände oder Einzelpersonen und Beseitigung der bei Einzelarbeit entstehenden Reibungen und Konkurrenzversuche, möglichst einheitliche Geldbeschaffung und Verteilung auf die Verbände oder Einzelpersonen nach Maßgabe des Bedarfs und der zu leistenden Arbeit."

Weiter bestimmen die Satzungen:

„Die Mitgliedschaft des Vereins kann erworben werden von Vereinen oder Organisationen, die auf rein vaterländischem Boden stehen und zur tätigen Mitarbeit bereit sind, von Privatpersonen, die diesen Forderungen entsprechen.

Die Einrichtung von Geschäftsstellen im Bereich des Freistaates Sachsen ist vorgesehen. Ueber den Bedarf entscheidet der Vorstand nach der bestehenden Notwendigkeit und den vorhandenen Geldmitteln.

Die Publikationsorgane des Vereins sind: Der Deutsche Vorwärts, Die Deutsche Werksgemeinschaft (beide in Berlin erscheinend), und eine am Sitz der Hauptgeschäftsstelle erscheinende größere Zeitung nationaler Richtung."

Die Abteilung versuchte unter Meißner sogar ein Spionagebureau einzurichten, dem die Aufgabe zufallen sollte, sich nach Art des früheren Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie belastende Dokumente aus dem Lager der Linksparteien zu verschaffen, Republikaner zu bespitzeln usw. Meißner machte weiter den Versuch, für den oberschlesischen Grenzschutz auf Kosten des Vereins Mitglieder zu werben und auszurüsten, er unterstützte auch die Brigade Ehrhardt und andre Organisationen, die direkt und indirekt gegen die Verfassung wühlten. Weiter versuchte Meißner, Zweigstellen des Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes in allen Teilen des Reiches zu schaffen; so hatte er bereits Verbindung aufgenommen mit Berlin, Breslau, Königsberg, München usw.

Aus dem Briefwechsel, den Meißner führte und der sich zum Teil in unserm Besitz befindet, geht aber auch weiter hervor, daß Meißner weitgehende Unterstützung des Verbandes Sächsischer Industriellen gefunden hat. Wir hoffen, daß nunmehr der Verband einmal der Oeffentlichkeit reinen Wein einschenkt. Wir sind gern bereit, die Erinnerung einzelner Herren aufzufrischen durch Veröffentlichung weiteren Materials.

*

### Zum Fall Meißner-Löffler

Der Volksopferskandal nimmt Formen an, daß selbst die bürgerliche Presse ihn nicht mehr völlig unbeachtet lassen kann. Bisher beschränkte sich die rechtsstehende Presse in den meisten Fällen auf den Abdruck der Entgegnungen der nationalen Verbände und Organisationen, die bekanntlich mit Dr. Meißner, dem Hans Dampf in allen Gassen, mehr oder weniger in Verbindung standen und nunmehr, wenn auch vergeblich, versuchen, die beiden gewissenlosen Betrüger von sich abzuschütteln. Ueber den eigentlichen Hergang der schamlosen Unterschlagungen unterrichtete diese Presse nur recht dürftig. Nunmehr bestätigt auch der Dresdner Anzeiger, daß „große Beträge von den Verhafteten als für vaterländische und nationale Verbände und Vereinigungen verausgabt gebucht bzw. verzeichnet worden sind". Die Buchungen sind auch durch Unterlagen belegt. Der Anzeiger berichtet weiter, daß sich die Untersuchung auch gegen den ehemaligen Kassierer Gründel und gegen die Privatsekretärin Fräulein Langguth richte, die zwar auf freiem Fuß belassen seien, deren Verfehlungen aber darin bestehen, daß sie gewußt haben sollen, was die beiden Hauptbeschuldigten begangen und wie sie mit den Geldern gewirtschaftet haben. Es ist allerdings bequem, die Hilfskräfte des Volksopfers ebenfalls in den Skandal hineinzuziehen, obschon feststeht, daß als die Schuldigen allein Dr. Meißner und der unter seinem Einfluß stehende Löffler anzusprechen sind. Bekannt waren die Schandtaten der beiden in engeren Kreise schon seit Mai dieses Jahres. Vielleicht geht man darüber einmal Erkundigungen bei jenen Personen ein, denen gegenüber Dr. Meißner als Geschäftsführer verantwortlich war und die die Pflicht hatten, die Geschäftsführung zu prüfen und zu überwachen, sich aber nicht durch das protzige Auftreten des Herrn Syndikus blenden und täuschen zu lassen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251008/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG